

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <https://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:220220-2021:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Schönenberg-Kübelberg: Dienstleistungen von  
Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen  
2021/S 085-220220**

**Auftragsbekanntmachung**

**Dienstleistungen**

**Rechtsgrundlage:**

Richtlinie 2014/24/EU

**Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

**I.1) Name und Adressen**

Offizielle Bezeichnung: Verbandsgemeinde Oberes Glantal

Postanschrift: Rathausstraße 8

Ort: Schönenberg-Kübelberg

NUTS-Code: DEB3G Kusel

Postleitzahl: 66901

Land: Deutschland

E-Mail: [VGOG@Bieteranfrage.de](mailto:VGOG@Bieteranfrage.de)

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: [https://www.vgog.de/vg\\_oberes\\_glantal/](https://www.vgog.de/vg_oberes_glantal/)

**I.3) Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YJVRyam/documents>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

Offizielle Bezeichnung: Vergabeberatungsstelle Klaeser GmbH

Postanschrift: Auf dem Kalk 5

Ort: Montabaur

NUTS-Code: DEB1B Westerwaldkreis

Postleitzahl: 56410

Land: Deutschland

E-Mail: [VGOG@Bieteranfrage.de](mailto:VGOG@Bieteranfrage.de)

Telefon: +49 26029973890

Fax: +49 32121239232

**Internet-Adresse(n):**

Hauptadresse: [www.Vergabeberatungsstelle.de](http://www.Vergabeberatungsstelle.de)

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen elektronisch via: <https://www.dtv.de/Satellite/notice/CXP4YJVRyam>

**I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

**I.5) Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

**Abschnitt II: Gegenstand**

**II.1) Umfang der Beschaffung**

II.1.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

Sanierung Freibad Waldmohr – Los 02 (Rückversetzung)  
Referenznummer der Bekanntmachung: 21-04-23-1230 (Rückversetzung)

II.1.2) **CPV-Code Hauptteil**

71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen

II.1.3) **Art des Auftrags**

Dienstleistungen

II.1.4) **Kurze Beschreibung:**

Die Verbandsgemeinde Oberes Glantal betreibt ein beheiztes Freibad in der Ortsgemeinde Waldmohr. In dem Freibad steht den Besuchern ein 50 m Schwimmerbecken mit Springerbereich, ein Nichtschwimmerbecken mit Großwasserrutsche sowie ein Kinderplanschbecken zur Verfügung. Seit der Inbetriebnahme 1972 wurden immer wieder werterhaltende und für die Anlage technisch verbessernde Maßnahmen durchgeführt.

Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie aus dem Jahr 2020 wurde ein Generalkonzept zur energetischen und technischen Sanierung des Warmfreibades Waldmohr entwickelt. Dabei wurden folgende Ergebnisse herausgearbeitet:

Für die vorhandenen Becken besteht Sanierungsbedarf.

Die Wasseraufbereitung und das Einströmsystem zur Beckenumwälzung wurden vor 20 Jahren erneuert. Diese Anlagen sind altersbedingt sanierungsbedürftig.

Die Anforderungen der gültigen DIN 19643 – Aufbereitung von Schwimm- und Badebeckenwasser werden nicht mehr erfüllt.

Zur Sicherstellung der Badewasserqualität wird ein Umbau der Becken incl. des Einströmsystems erforderlich. Der vorhandene Technik Keller ist nicht ausreichend.

Es wird der Neubau eines Technikgebäudes mit der Badewassertechnik im Untergeschoss und Personal- bzw. DLRG-Räumen im Erdgeschoss vorgesehen.

Das bestehende Eingangs- und Umkleidegebäude soll einschl. des Daches kernsaniert sowie in der Raumaufteilung angepasst werden.

Die Sanierungsmaßnahmen sollen außerhalb der Badesaison stattfinden.

Der erste Bauabschnitt (Neubau Technikgebäude und Erneuerung der Badewasseraufbereitung) soll nach Ende der Badesaison 2022 begonnen werden.

Aufgrund eines ersten Förderantrags ist das Projekt der Sanierung des Freibades in das Programm Investitionspakt Sportstätten des Ministeriums des Innern und für Sport aufgenommen worden.

Die erforderlichen Planungsleistungen werden in 2 Losen ausgeschrieben:

- Los 01 – Objektplanung für Gebäude und Freianlagen,
- Los 02 – Fachplanung für die Technische Ausrüstung.

Gegenstand dieses Verfahrens sind die Leistungen zu Los 02 und somit die Fachplanungsleistungen für die Technische Ausrüstung.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros  
71320000 Planungsleistungen im Bauwesen  
71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen

71321100 Dienstleistungen im Bereich Bauwirtschaft  
71321200 Heizungsplanung

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DEB3G Kusel  
Hauptort der Ausführung:  
Badstraße 12  
66914 Waldmohr

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Gegenstand des Verfahrens ist die Erbringung von Planungsleistungen für Fachplanung für die Technische Ausrüstung (§ 55 HOAI, Leistungsphasen 1-9), Anlagengruppen 1, 2, 4, 5, 6 und 7 sowie die in diesem Zusammenhang erforderlichen Besonderen Leistungen.  
Die vergebende Stelle beabsichtigt eine stufenweise Vergabe der Planungsleistungen.  
In der Leistungsstufe 1 sollen die Leistungsphasen 1 bis 4 für Leistungen nach § 55 HOAI sowie die in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen beauftragt werden.  
In der Leistungsstufe 2 beabsichtigt die vergebende Stelle für die genehmigte Planung die Vergabe der Leistungsphasen 5 bis 9 nach § 55 HOAI sowie die in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen.  
Die auf die Leistungsstufe 1 aufbauenden Leistungen werden optional ausgeschrieben.  
Auf die Beauftragung der weiteren Leistungen/Stufen besteht kein Rechtsanspruch.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Laufzeit in Monaten: 6  
Dieser Auftrag kann verlängert werden: nein

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Mindestzahl: 3  
Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

1. Erfahrung des Bewerbers mit der Erbringung von Planungs- und Bauüberwachungsleistungen im Bereich des Neubaus bzw. der Sanierung und Erweiterung von Hallen- oder Freibädern anhand der angegebenen Referenzen, die die Mindestanforderungen an die Referenzen gemäß Ziffer III.1.3) der Bekanntmachung erfüllen (50 %)  
Durch die Einreichung von zusätzlichen Referenzen (über die Mindestanzahl hinaus, die ebenfalls den Mindestanforderungen entsprechen müssen) kann eine bessere Bewertung erzielt werden.
2. Berufserfahrung der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen (20 %).
3. Gesammelte Berufserfahrung der zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen anhand der eingereichten Referenzen, die die Mindestanforderungen erfüllen (20 %).
4. Einhaltung der geplanten Bauzeit und der geplanten Baukosten, wie sie sich aus den Referenzen ergeben (10 %).

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Gegenstand des Verfahrens ist die Erbringung von Planungsleistungen für Fachplanung für die Technische Ausrüstung (§ 55 HOAI, Leistungsphasen 1-9), Anlagengruppen 1, 2, 4, 5, 6 und 7 sowie die in diesem Zusammenhang erforderlichen Besonderen Leistungen.

Die vergebende Stelle beabsichtigt eine stufenweise Vergabe der Planungsleistungen.

In der Leistungsstufe 1 sollen die Leistungsphasen 1 bis 4 für Leistungen nach § 55 HOAI sowie die in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen beauftragt werden.

In der Leistungsstufe 2 beabsichtigt die vergebende Stelle für die genehmigte Planung die Vergabe der Leistungsphasen 5 bis 9 nach § 55 HOAI sowie die in diesen Phasen erforderlichen Besonderen Leistungen.

Die auf die Leistungsstufe 1 aufbauenden Leistungen werden optional ausgeschrieben.

Auf die Beauftragung der weiteren Leistungen/Stufen besteht kein Rechtsanspruch.

#### II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

#### II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

Die unter II.2.7 genannte Zeitspanne von 6 Monaten bestimmt nicht die Laufzeit des Vertrags.

Innerhalb der unter II.2.7 genannten Frist sind die Planungsleistungen so zu erbringen sind, dass der Abschluss der Leistungsphase 3 binnen dieser Frist sichergestellt ist.

Die Termine für weitere Leistungen werden mit deren Beauftragung festgelegt.

### **Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

#### III.1) **Teilnahmebedingungen**

##### III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

1. Erklärung des Bewerbers, dass in der Person des Bewerbers oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die dem Bewerber zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 42 Abs. 1 VgV in Verbindung mit § 123 GWB begründet sind.

2. Erklärung des Bewerbers, dass in der Person des Bewerbers oder durch ein Verhalten seiner Person oder durch das Verhalten einer Person, die dem Bewerber zuzurechnen ist, keine Ausschlussgründe nach § 42 Abs. 1 VgV in Verbindung mit § 124 GWB begründet sind.

3. Erklärung des Bewerbers, dass keine Abhängigkeiten von Ausführungs- und Lieferinteressen bestehen (gemäß § 73 Abs. 3 VgV). Gehört der Bewerber einer Gruppe von Unternehmen an, hat er mit seinem Teilnahmeantrag zu erklären, inwieweit er mit den weiteren Unternehmen verknüpft ist.

4. Erklärung des Bewerbers, dass bei der Ausführung der vertraglichen Leistung im Auftragsfall nicht die von der Scientology-Organisation verbreitete „Technologie von L. Ron Hubbard“ angewendet, gelehrt oder in sonstiger Weise verbreitet wird.

5. Ist der Bewerber eine juristische Person, hat er mit seinem Teilnahmeantrag einen Handelsregisterauszug oder den Rechtsvorschriften seines Heimatstaates entsprechenden Nachweis vorzulegen.

Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Teilnahmeantrag zu erklären. Werden die Leistungen von einer Bewerber-/Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte gemäß vorstehenden Ziffern 1 bis 4 für jedes Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bewerber/Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen auch vom Dritten abzugeben.

##### III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers und seinen Umsatz für die Dienstleistungen, die mit der ausgeschriebenen Planungsleistung vergleichbar sind, in den letzten 3 Geschäftsjahren (§ 45 Abs. 1 Nr. 1 VgV).

2. Erklärung, ob und hinsichtlich welcher Leistungen sich der Bewerber der Kapazitäten anderer Unternehmer bedient, und dass die dann erforderlichen Mittel zur Verfügung stehen (§ 47 Abs. 1 VgV).

3. Angaben des Teils des Auftrages, den der Bewerber unter Umständen an Dritte vergeben will.

Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Teilnahmeantrag zu erklären. Werden die Leistungen von einer Bewerber-/Bietergemeinschaft angeboten, sind die Auskünfte für jedes Mitglied der Bewerber-/Bietergemeinschaft zu erklären. Will sich der Bewerber/Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen der Vergabestelle auch vom Dritten abzugeben.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Der Bewerber muss über eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung verfügen, deren Deckungssummen — für Personenschäden mindestens 3 000 000 EUR und

— für Sach- und Vermögensschäden mindestens 2 000 000 EUR beträgt (§ 45 Abs. 1 Nr. 3 VgV).

Diese Mindestdeckungssummen müssen zweifach pro Versicherungsjahr zur Verfügung stehen.

Dies ist durch eine Bescheinigung über die Haftpflicht- oder durch eine Exzedentenversicherung nachzuweisen.

Die geforderten Nachweise sind mit dem Teilnahmeantrag einzureichen. Für den Nachweis genügt die Zusicherung des Bewerbers zum Abschluss dieser Versicherung im Auftragsfall in Verbindung mit einer schriftlichen Zusicherung des Haftpflichtversicherers über die Möglichkeit des Abschlusses einer entsprechenden Versicherung in der geforderten Höhe.

Im Falle einer Beauftragung einer Arbeits- /Bietergemeinschaft haftet jedes Mitglied gesamtschuldnerisch.

### III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

1. Tabellarische Liste, in der die zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen namentlich genannt und unter Nennung der jeweiligen Befähigung zur Berufsausübung aufgeführt werden. Diese ist auf Verlangen durch Vorlage von Berufszulassungsurkunden bzw. Studiennachweisen oder sonstigen vergleichbaren Belegen nachzuweisen (§ 46 Abs. 3 Nr. 6 VgV).

2. Erläuterung, aus der die Anzahl der Beschäftigten und deren Ausbildung der letzten 3 Jahre (Führungspersonal, Architekten, Ingenieure, Techniker etc.) hervorgeht (§ 46 Abs. 3 Nr. 2 VgV).

3. Will sich der Bewerber/Bieter bei der Leistungserbringung eines Dritten bedienen, sind die Auskünfte auf Verlangen der Vergabestelle auch vom Dritten abzugeben.

Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe entsprechende Architekten benennen.

Die vorgenannten Auskünfte sind mit dem Teilnahmeantrag zu erklären.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

I. Mindestanforderung an die Bürogröße:

Planer – Bauüberwacher

Gesamtprojektleiter – Fachplaner Technische Ausrüstung – Stellvertretung:

Der Bewerber muss mindestens hinsichtlich der Person des Planers über die Qualifikation eines abgeschlossenen, wissenschaftlichen Studiums des Ingenieurwesens verfügen und eine Berufserfahrung von mind. 8 Jahren nach Abschluss des Studiums im Planungsbereich der Technischen Ausrüstung für „Bau oder Sanierung von Hallen- oder Freibädern“ nachweisen.

Der Bewerber muss für darüber hinaus über 2 Vertreter von gleicher Qualifikation verfügen, wobei eine Berufserfahrung nach Abschluss des Studiums von mind. 5 Jahren im Planungsbereich der Technischen Ausrüstung für „Bau oder Sanierung von Hallen- oder Freibädern“ für die Vertreter nachzuweisen ist. Für einen Vertreter wird gleichwertig zum abgeschlossenen Studium die Qualifikation durch eine abgeschlossene

Ausbildung zum Techniker mit mindestens 10 Jahren Berufserfahrung im Bereich der Planung und Ausschreibung vergleichbarer Projekte anerkannt.

Die geforderte Eignung muss zum Einreichungstermin für den Teilnahmeantrag vorliegen.

Bauüberwachung – Stellvertretung

Der Bewerber muss mindestens hinsichtlich der Person des Bauüberwachers über die Qualifikation eines abgeschlossenen, wissenschaftlichen Studiums des Ingenieurwesens verfügen und eine Berufserfahrung nach Abschluss des Studiums von mind. 8 Jahren in der Bauüberwachung vergleichbarer Projekte nachweisen.

Der Bewerber muss für darüber hinaus über 2 Vertreter von gleicher Qualifikation verfügen, wobei eine Berufserfahrung nach Abschluss des Studiums von mind. 5 Jahren in der Bauüberwachung vergleichbarer Projekte für die Vertreter nachzuweisen ist. Für einen Vertreter wird gleichwertig zum abgeschlossenen Studium die Qualifikation durch eine abgeschlossene Ausbildung zum Techniker mit mindestens 10 Jahren Berufserfahrung im Bereich der Bauüberwachung vergleichbarer Projekte anerkannt.

Die geforderte Eignung muss zum Einreichungstermin für den Teilnahmeantrag vorliegen.

Juristische Personen sind als Auftragnehmer zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe entsprechende Ingenieure/Techniker benennen.

II. Mindestanforderung an die Erfahrung des Bewerbers:

Es sind mindestens 3 Referenzobjekte für die Objektplanung von Hallen- oder Freibädern anzugeben, die die nachfolgenden Bedingungen erfüllen:

Alle Referenzen müssen den Neubau, die Sanierung oder die Erweiterung von Hallen- oder Freibädern (Kosten der Kostengruppe 400 in der Summe mindestens 600 000 EUR netto zum Inhalt haben.

Bei allen Referenzen müssen mindestens die Planungsleistungen (hier jeweils mindestens Leistungsphasen 2-6 und 8) erbracht worden sein, wobei der Abschluss der Leistungsphase 8 nach dem 1.1.2014 erfolgt sein muss.

Davon

- darf max. eine Referenz noch in der baulichen Umsetzung (Leistungsphase 8) sein,
- muss mind. eine Referenz den Abschluss der Lph 8 nach dem 1.1.2017 beinhalten,
- muss mind. eine Referenz für jede der hier zu planenden Anlagengruppen vorliegen,
- muss mind. eine Referenz eine Badewasseraufbereitung,
- muss mind. eine Referenz die Vergabe der Bauleistungen nach VOB/A zum Inhalt haben.

Für alle Referenzen hat der Bewerber Auskunft darüber zu geben, wie sich die Bauzeit und die Baukosten entwickelt haben (Vergleich Ergebnisse der LP 7 und nach Abschluss der LP 8). Abweichungen zwischen den Projektergebnissen und dem Kostenanschlag sowie der geplanten Bauzeit zum Zeitpunkt der Vergabe sind zu begründen.

Hinsichtlich aller Referenzen ist darzustellen, inwieweit die im Rahmen der Referenzobjekte erbrachten Leistungen von den zur Leistungserbringung vorgesehenen Personen erbracht worden sind.

Zu allen Referenzen hat der Bewerber den Namen, die Anschrift und die Kontaktdaten des Referenzgebers mitzuteilen.

Für die Referenzangaben können die vorbereiteten Listen (siehe Referenzbögen) genutzt werden. Die Referenzangaben sind mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

Hinweis:

Bei der vergleichenden Bewertung der eingereichten Teilnahmeanträge für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern wird durch die Einreichung von zusätzlichen Referenzen über die Mindestanzahl hinaus, die ebenfalls den vorgenannten Mindestanforderungen entsprechen, eine bessere Bewertung erzielt (s. Ziffer II.2.9).

### III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

#### III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Zugelassen ist, wer nach den Ingenieurgesetzen der Länder berechtigt ist, die Berufsbezeichnung Ingenieur zu tragen, oder nach den EG-Richtlinien, insbesondere der Richtlinien für die gegenseitige Anerkennung der Diplome berechtigt ist, in der Bundesrepublik Deutschland als Architekt bzw. Ingenieur tätig zu werden.

**III.2.2) Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Der Auftraggeber wendet das Landestariftreuegesetz (LTTG) Rheinland-Pfalz an.

**III.2.3) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

**Abschnitt IV: Verfahren**

**IV.1) Beschreibung**

**IV.1.1) Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

**IV.1.3) Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

**IV.1.5) Angaben zur Verhandlung**

**IV.1.8) Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

**IV.2) Verwaltungsangaben**

**IV.2.1) Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

Bekanntmachungsnummer im ABL.: [2021/S 058-147039](#)

**IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 11/05/2021

Ortszeit: 12:30

**IV.2.3) Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

Tag: 04/06/2021

**IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

**IV.2.6) Bindefrist des Angebots**

Laufzeit in Monaten: 2 (ab dem Schlusstermin für den Eingang der Angebote)

**Abschnitt VI: Weitere Angaben**

**VI.1) Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

**VI.3) Zusätzliche Angaben:**

1. Die Teilnahmeantrags- und Vergabeunterlagen sind ausschließlich digital über die Vergabepattform erhältlich. Ggf. erforderliche Änderungen an diesen Unterlagen oder zusätzliche Bieterinformationen werden ebenfalls ausschließlich über die Vergabepattform kommuniziert. Registrierte Bewerber/Bieter werden hierüber automatisch informiert. Es wird daher empfohlen, die Unterlagen mit Registrierung zu beziehen. Werden Teilnahmeantrags- oder Vergabeunterlagen anonym heruntergeladen, liegt die Information über die Aktualität dieser Unterlagen in der alleinigen Verantwortung des unregistrierten Bewerbers/Bieters.

2. Hinsichtlich der erbetenen Auskünfte zur Erfüllung der Teilnahmebedingungen steht ein Teilnahmeantrag als Formularvordruck zur Verfügung, den die Bewerber verwenden sollen. Die Verwendung des

Formularvordrucks wird für die Erstellung des Teilnahmeantrages empfohlen, maßgeblich bleibt der Inhalt der EU-Bekanntmachung.

3. Anfragen von Bewerbern/Bietern werden nur in Textform über die Vergabepattform, per E-Mail oder Fax von der unter I.3) genannten Kontaktstelle entgegengenommen und von der Vergabestelle ausschließlich in Textform über die Vergabepattform beantwortet. Anfragen sollen bis spätestens 10 Tage vor Ablauf der Einreichungsfrist für die Teilnahmeanträge bzw. Angebote gestellt werden.

4. Der Versand der Einladungen zum Verhandlungsgespräch und der Informations- und Absageschreiben gemäß § 134 GWB erfolgt grundsätzlich über die Vergabepattform, die Vergabestelle behält sich eine Versendung per Fax vor. Im Falle der Bewerbung einer Arbeits-/Bietergemeinschaft aus mehreren Büros erfolgt die Korrespondenz der Vergabestelle mit dem Bewerber über die vom Bewerber angegebenen Kontaktdaten des Bevollmächtigten.

5. Ergänzende Informationen oder sonstige Korrespondenz der Vergabestelle erfolgen grundsätzlich über die Vergabepattform.

6. Die Teilnahmeanträge und die Angebote sind mit den geforderten Erklärungen und Nachweisen vor Ablauf der jeweiligen Einreichungsfrist vollständig, elektronisch in Textform über die unter I.3) angegebene Vergabepattform einzureichen. Bitte beachten Sie, dass aufgrund der Vorgaben der Plattformbetreiber, elektronische Angebote bzw. Teilnahmeanträge maximal 130 MB groß sein sollen.

7. Die Abgabe von schriftlichen Teilnahmeanträgen und/oder Angeboten (in Papierform) ist nicht zugelassen.

Hinweis:

Bei diesem Vergabeverfahren handelt es sich um ein zurückversetztes Vergabeverfahren.

Nach Durchführung des Teilnahmewettbewerbs wurde das Verfahren zurückversetzt in den Stand vor Einreichung der Teilnahmeanträge.

Bekanntmachungs-ID: CXP4YJVRYAM.

#### VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

##### VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz

Postanschrift: Stiftstraße 9

Ort: Mainz

Postleitzahl: 55116

Land: Deutschland

E-Mail: [vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de](mailto:vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de)

Telefon: +49 6131162234

Fax: +49 6131162113

##### VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Von Bietern erkannte Verstöße der vergebenden Stelle gegen das geltende Vergaberecht hat der Bieter bei der vergebenden Stelle gemäß den Fristen des § 160 Abs. 3 GWB elektronisch in Textform über die Vergabepattform zu rügen. Erklärt die vergebende Stelle, dass sie einer Rüge nicht abhelfen will, hat der Bieter binnen einer Frist von 15 Tagen bei der unter VI. 4.1) genannten Stelle einen Nachprüfungsantrag zustellen.

##### VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr,  
Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz  
Postanschrift: Stiftstraße 9  
Ort: Mainz  
Postleitzahl: 55116  
Land: Deutschland  
E-Mail: [vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de](mailto:vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de)  
Telefon: +49 6131162234  
Fax: +49 6131162113

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
28/04/2021